Ich und meine Schweiz

Was Jugendliche politisch und gesellschaftlich bewegt

Ausgewählte Resultate einer Befragung von 17-Jährigen

source: https://doi.org/10.24451/arbor.6219 | downloaded: 26.4.2024

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

IMPRESSUM

Herausgeberin

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ
c/o Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
CH-3003 Bern
Tel. +41 58 462 92 26
E-Mail: ekkj-cfej@bsv.admin.ch
www.ekkj.ch

Autorinnen

Michelle Beyeler, Sarah Bütikofer, Isabelle Stadelmann-Steffen

Mitglieder der Arbeitsgruppe «Meinungsumfrage bei 17-Jährigen»

Frédéric Cerchia, Emilie Graff, Olivier Guéniat, Marie-Claire Meienberg, Alexandra Molinaro, Marion Nolde, Claudia Profos Frick

Übersetzung

Sprachdienst des Bundesamtes für Sozialversicherungen

Gestaltung und Layout

id-k Kommunikationsdesign, Bern, www.id-k.com

Vertrieb (kostenlos)

Bundesamt für Bauten und Logistik BBL
Verkauf Bundespublikationen
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
E-Mail: verkauf.zivil@bbl.admin.ch
Bestell-Nr.: 318.857.D

Bern, Juni 2015

Auflage: 1800 / Materialnummer: 862639537

INHALT

Vorwort des Präsidenten der EKKJ 04

Die EKKJ und ihr Auftrag 05

Die Befragung der Jugendlichen mit Jahrgang 1997 05

Die eine Jugend gibt es nicht: Die drei wichtigsten Trennlinien 06

1. Ein Pass, zwei Pässe, ein anderer Pass: Gewichtige Unterschiede 06

2. Junge Frauen – junge Männer: Zwei Welten? 06

3. Das Tessin tickt anders 06

Was Jugendliche bewegt: Ausgewählte Resultate 07

Verbunden mit der Schweiz und optimistisch für die Zukunft 07

Gleichberechtigung und Minderheiten: Frauensache? 08

Das Verhältnis zu Ausländerinnen und Ausländern: Nüchtern 09

Unbewegte Jugend: Gemässigt wie die Eltern 10

Mobilität, Alkohol und Cannabis: Anders für Frauen und ausländische Staatsangehörige 11

Das Verhältnis zu Europa: Gespalten 12

Politik: Man darf, man muss nicht 14

Bürgerdienst statt Wehrpflicht 15

In der Schule fürs Leben lernen 16

Die zukünftigen Stimmbürger/innen: Interessiert und zufrieden 17

Einige Bemerkungen der EKKJ zum Schluss 18

LIEBER MITWIRKEN ALS ANDERE ENTSCHEIDEN LASSEN!

Legitimation und Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) beruhen auf einem einfachen, positiven und unantastbaren Postulat: Die Jugendlichen haben nicht nur das Recht, sich zu äussern, sie sind auch verpflichtet, dieses Recht wahrzunehmen, wenn sie ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen wollen.

Vor diesem Hintergrund wollte die EKKJ die Meinung eines breiten Spektrums von Jugendlichen in Erfahrung bringen, die an der Schwelle zur Volljährigkeit stehen und im Herbst erstmals an den Wahlen teilnehmen können (oder auch nicht, wenn sie ausländischer Herkunft sind).

Mit der Umfrage sollte zunächst geprüft werden, ob den Jugendlichen wirklich jene Anliegen wichtig sind, die ihnen nachgesagt werden, oder ob es sich dabei nur um Klischees handelt. Auch sollten die vielfältigen Meinungen der Jugendlichen möglichst genau erfasst werden. Nun geht es darum, gemeinsam die Kernaussagen herauszufiltern, um die künftigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier für Anliegen zu sensibilisieren, die die Zukunft der Schweiz betreffen.

Die Jugendlichen glauben an sich selbst. Sie bauen auf ihre Bildung und auf die Fähigkeit, sich und ihre Kompetenzen weiterentwickeln zu können. Sie vertrauen darauf, die Formen ihrer Mitwirkung in der Gesellschaft selbst gestalten zu können, wie sich an der Befürwortung eines Dienstes an der Allgemeinheit zeigt. Der erfreulichste Aspekt der Befragung ist zweifellos, dass sich junge Erwachsene an der Schwelle zur Volljährigkeit lieber aktiv beteiligen, anstatt andere über ihren Kopf hinweg entscheiden zu lassen. Dies setzt in Zeiten politischer und sozialer Unwegsamkeiten ein starkes Zeichen.

Pierre Maudet
Präsident der EKKJ

DIE EKKJ UND IHR AUFTRAG

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat den Auftrag, die Entwicklung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Gesellschaft zu beobachten und zu deuten. Als ausserparlamentarische Kommission berät sie den Bundesrat und andere Behörden bei kinder- und jugendrelevanten Themen. Weitere Informationen unter **www.ekkj.ch**.

DIE BEFRAGUNG DER JUGENDLICHEN MIT JAHRGANG 1997

Vor den Wahlen im Herbst 2015 wollte die EKKJ der jüngsten Generation der Wahlberechtigten den Puls fühlen und ihnen eine Stimme geben. Sie formulierte dazu eine Reihe von Fragen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen. Wollen die jungen Erwachsenen in der Schweiz an der Urne mitreden? Wie stehen die zukünftigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu zentralen politischen und gesellschaftlichen Anliegen der Schweiz und worin unterscheiden sie sich von Nichtstimmberechtigten?

Deshalb hat die EKKJ im Herbst 2014 der Universität Bern und dem Meinungsforschungsinstitut M.I.S. Trend den Auftrag erteilt, eine repräsentative Befragung von 17-jährigen Jugendlichen aus allen Landesteilen und Kantonen der Schweiz durchzuführen.

Wer hat an der Befragung teilgenommen?

Die Befragung erzielte einen sehr hohen Rücklauf, zwei von drei kontaktierten Jugendlichen nahmen teil. Insgesamt haben 1990 Personen aus allen Landesteilen den Online-Fragebogen ausgefüllt. Dass sich die Jugendlichen äussern wollen, zeigen auch die überdurchschnittlich vielen spontanen Kommentare zum Fragenbogen sowie die zahlreichen Bestellungen des Studienberichts.[1]

An der Befragung nahmen gleich viele junge Frauen wie junge Männer teil. Der schulische Hintergrund der befragten Jugendlichen entspricht den tatsächlichen Verhältnissen in der Schweiz. Die Stichprobe ist somit sehr repräsentativ, d.h. die Ergebnisse der Befragten können auf alle Jugendliche mit Jahrgang 1997 in der Schweiz übertragen werden.

Die vorliegende Kurzversion fasst die wichtigsten Punkte zusammen. Der Forschungsbericht mit den ausführlichen Resultaten kann auf **www.ekkj.ch** bezogen werden.[2]

—

[1] 35 Prozent der Jugendlichen schrieben einen Kommentar, 80 Prozent möchten die Resultate erhalten.

[2] Michelle Beyeler, Sarah Bütikofer, Isabelle Stadelmann-Steffen: *Ich und meine Schweiz. Befragung von 17-jährigen Jugendlichen in der Schweiz*. Hrsg. von der Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen. In: Beiträge zur Sozialen Sicherheit. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen, 2015.

DIE EINE JUGEND GIBT ES NICHT: DIE DREI WICHTIGSTEN TRENNLINIEN

Jugendliche in der Schweiz denken und fühlen genauso vielfältig und individuell wie die älteren Generationen. Die eine Jugend gibt es nicht. Manche Unterschiede aber ziehen sich auffallend konstant durch die Antworten der Jugendlichen: Immer wieder verlaufen die Trennlinien entlang der Unterschiede bezüglich Staatsbürgerschaft, Geschlecht und sprachregionaler Herkunft.

1. Ein Pass, zwei Pässe, ein anderer Pass: Gewichtige Unterschiede

Die 17-Jährigen sind Teil einer sehr internationalen Generation. Jede/r Fünfte ist ausländische/r Staatsangehörige/r. Etwa ein Viertel ist Doppelbürger/in, gut die Hälfte besitzt einzig den Schweizer Pass.

Schweizerische und ausländische Staatsangehörige sowie Doppelbürgerinnen und Doppelbürger unterscheiden sich in ihren politischen Haltungen teilweise stark. Etwa darin, wie sie ihre Zukunftschancen einschätzen, wie sie sich die Aufgabenteilung in einer Familie vorstellen, oder was sie über die Legalisierung von Cannabis denken.

2. Junge Frauen – junge Männer: Zwei Welten?

Junge Frauen und Männer in der Schweiz sind sich in vielem einig. In einigen zentralen Fragen der Lebensgestaltung aber überhaupt nicht. Frauen und Männern haben tendenziell unterschiedliche Haltungen zur Arbeitsteilung in der Familie, zur Chancengleichheit zwischen ausländischen und Schweizer Staatsangehörigen, zum Kopftuchverbot oder zum Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.

3. Das Tessin tickt anders

Die Deutschschweiz, die Romandie und das Tessin sind unterschiedliche kulturelle und politische Räume. Dieser gesellschaftliche Kontext prägt auch die nachkommende Generation. Insbesondere Tessiner Jugendliche nehmen zu verschiedenen Fragen anders Stellung als der Rest der Schweiz.

So bezeichnet beispielsweise landesweit jeder fünfte Jugendliche die Einwanderung als das grösste Problem der Schweiz. Im Tessin jedoch finden vier von zehn Befragten, die Arbeitslosigkeit sei das grösste Problem. Zudem beschäftigt das spezifische Thema der Grenzgänger ebenfalls nur die Jugendlichen im Tessin.

WAS JUGENDLICHE BEWEGT: AUSGEWÄHLTE RESULTATE

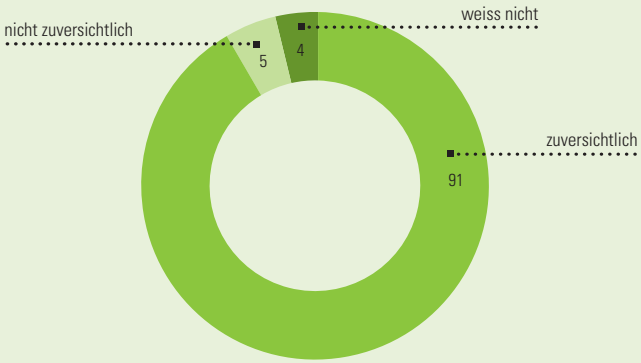
Verbunden mit der Schweiz und optimistisch für die Zukunft

So unterschiedlich die Jugendlichen in der Schweiz sind, ihre Verbundenheit mit dem Land und ihren Optimismus haben sie gemeinsam. Neun von zehn befragten Jugendlichen fühlen sich der Schweiz verbunden. Dabei spielt die Staatsangehörigkeit kaum eine Rolle: Schweizer Bürgerinnen und Bürger, ausländische Staatsangehörige sowie Doppelbürgerinnen und Doppelbürger geben fast identische Antworten.

Anders als in anderen europäischen Ländern schätzen die Jugendlichen hierzulande ihre eigene berufliche Zukunft sehr positiv ein. 91 Prozent der Befragten sind zuversichtlich, die Ausbildung zu erhalten, die sie sich wünschen – junge Frauen sind sogar noch leicht optimistischer.

Nur ganz wenige Jugendliche haben am Ende der Schulzeit das Gefühl, ihren Berufswunsch nie verwirklichen zu können. Diese haben überdurchschnittlich oft einen Migrationshintergrund, leben in der lateinischen Schweiz oder haben eine Schule mit tiefem Niveau besucht.

Abbildung 1: Zuversicht in Bezug auf das Erreichen der gewünschten Ausbildung



Frage: Wie zuversichtlich sind Sie, die Ausbildung zu erhalten, die Ihren Vorstellungen und Erwartungen entspricht?

Datenquelle für alle Abbildungen: Jugendbefragung EKKJ 2015.
Aufgrund von Rundungen ergeben die Summen in den Balken der Diagramme nicht immer 100 Prozent.

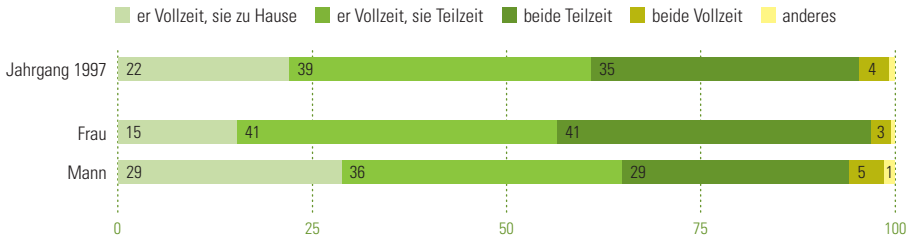
Gleichstellung und Minderheiten: Frauensache?

Die Mehrheit der Familien in der Schweiz ist heute so organisiert, dass der Vater einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgeht und die Mutter einer Teilzeiterwerbstätigkeit. 39 Prozent der Jugendlichen finden dies denn auch die beste Art, das Familienleben zu organisieren. Etwas weniger, nämlich 35 Prozent, finden es am besten, wenn beide Elternteile teilzeiterwerbstätig sind. Die traditionelle Familie mit einem erwerbstätigen Vater und einer Mutter, die sich ausschliesslich um Erziehung und Haushalt kümmert, betrachten 22 Prozent als ideal.

Allerdings tut sich in dieser Frage ein Geschlechtergraben auf. Nur noch 15 Prozent der jungen Frauen halten die traditionelle Familie für die idealste Form des Familienlebens. Bei den jungen Männern sprechen sich hingegen praktisch doppelt so viele, nämlich 29 Prozent, für diese Aufgabenteilung aus.

Umgekehrt ist das Zustimmungsverhältnis, wenn es um Teilzeitarbeit für beide Geschlechter geht. 29 Prozent der jungen Männer fänden es wünschenswert, wenn beide Partner teilzeiterwerbstätig wären, bei den jungen Frauen sind es deutlich mehr, nämlich 41 Prozent.

Abbildung 2: Bevorzugte Art der Familienorganisation



Frage: Stellen Sie sich ein Paar vor mit einem Kind im Vorschulalter (1–3 Jahre). Was ist die Ihrer Meinung nach beste Art, ihr Familien- und Arbeitsleben zu organisieren?

Junge Frauen sind Minderheiten gegenüber offener eingestellt als junge Männer. So befürwortet fast die Hälfte der jungen Männer ein Kopftuchverbot für Schülerinnen, aber nur 28 Prozent der Frauen.

Ein noch grösserer Geschlechterunterschied zeigt sich beim Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Insgesamt befürworten es zwei Drittel der 17-Jährigen – allerdings nur gut die Hälfte der jungen Männer, aber fast 80 Prozent der jungen Frauen.

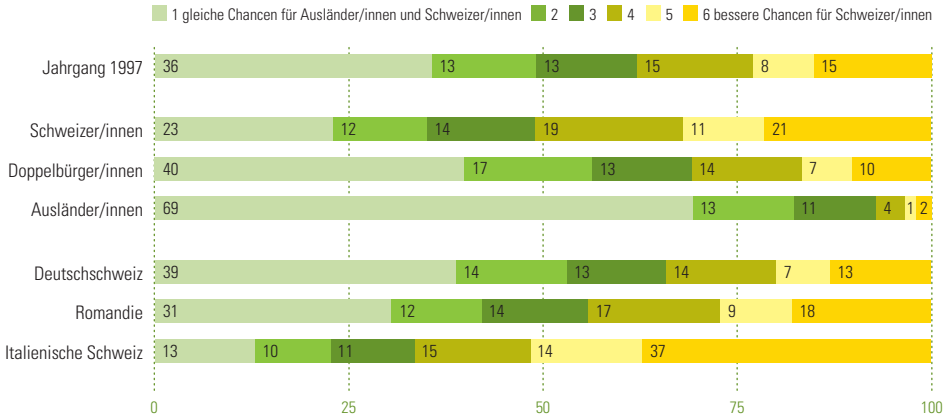
Das Verhältnis zu Ausländerinnen und Ausländern: Nüchtern

Im Allgemeinen zeigen die befragten 17-Jährigen eine nüchterne Einstellung gegenüber ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern – und denken damit ähnlich wie die Gesamtbevölkerung. Sechs von zehn Jugendlichen finden, dass Zuwanderer generell gut sind für die Wirtschaft, ebenso viele, dass Migrantinnen und Migranten die Gesellschaft beleben.

Trotzdem sind sich die Befragten uneins, ob ausländische Staatsangehörige tatsächlich die gleichen Chancen bekommen sollten wie Einheimische: Gut ein Drittel beantwortet dies mit einem klaren Ja, ein Sechstel wünscht sich jedoch dezidiert bessere Chancen für Schweizerinnen und Schweizer. Allerdings zeigen sich grosse Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen von Jugendlichen. Wenig überraschend sind sowohl Doppelbürgerinnen und Doppelbürger wie auch ausländische Staatsangehörige überaus klar der Ansicht, dass ausländische und schweizerische Staatsangehörige gleiche Chancen haben sollen.

Auffallend sind die Antworten aus dem Tessin: Dort sprechen sich deutlich mehr Jugendliche (37 Prozent) dafür aus, Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu bevorzugen, als im Rest der Schweiz. Dies spiegelt die Resultate der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung vom 9. Februar 2014, die im Tessin mit 68,2 Prozent die landesweit grösste Zustimmung erzielte.

Abbildung 3: Chancen für Schweizer/innen und Ausländer/innen



Prozentuale Verteilung der Antworten auf die sechs Kategorien, ohne «weiss nicht»

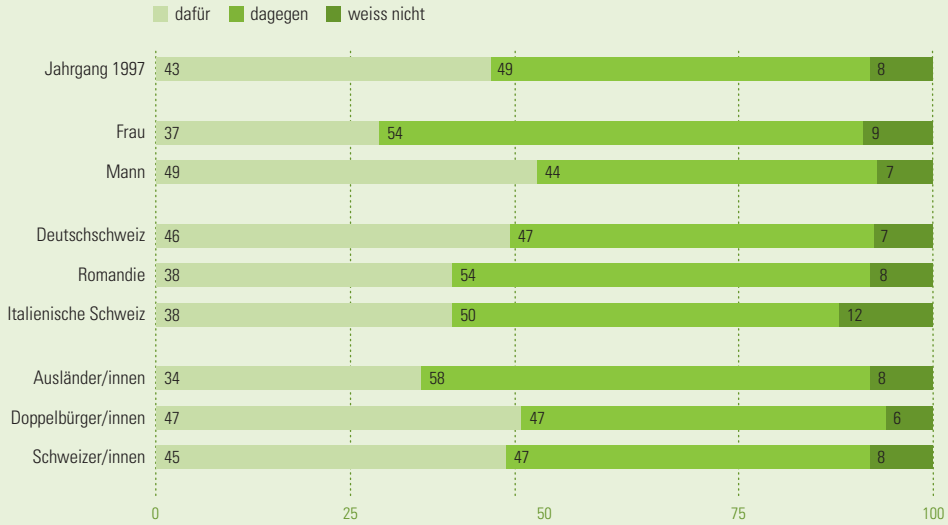
Frage: Wünschen Sie eine Schweiz mit gleichen Chancen für Schweizer/innen und Ausländer/innen (1) oder eine Schweiz mit besseren Chancen für Schweizer/innen (6)?

Unbewegte Jugend: Gemässigt wie die Eltern

In der Jugend liberal, im Alter konservativ: Auf die Schweizer Jugendlichen trifft diese landläufige Annahme nicht zu. Wie die Gesamtbevölkerung tendieren sie zur politischen Mitte.

Die befragten 17-Jährigen unterscheiden sich auch in ihren Ansichten zu spezifischen Themen kaum von älteren Generationen. Der Vergleich mit Untersuchungen der Gesamtbevölkerung zeigt, dass die Jugendlichen wie die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung denken. Konkret heisst dies, dass rund die Hälfte eine Schweiz will, in welcher der Staat «die Wirtschaft stark steuert», die andere Hälfte will «dem Markt vertrauen». Zudem will eine deutliche Mehrheit den Umweltschutz höher gewichten als Wirtschaftsinteressen. Ähnlich wie die Gesamtbevölkerung denken die Jugendlichen auch bei Themen wie Cannabislegalisierung oder Alkoholverkaufsverbot, die als typische Jugendanliegen gelten.

Abbildung 4: Legalisierung des Cannabis

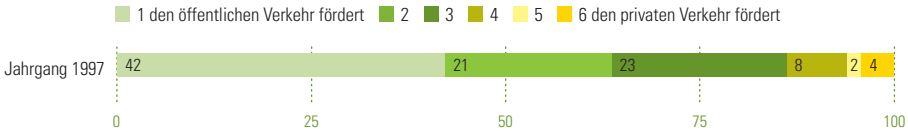


Frage: Sind Sie für oder gegen die Legalisierung des Konsums von Cannabis?

Mobilität, Alkohol und Cannabis: Anders für Frauen und ausländische Staatsangehörige

Mobilität ist für alle Jugendlichen wichtig. 42 Prozent der Befragten wollen eine Schweiz, die vor allem den öffentlichen Verkehr fördert, nur 4 Prozent wollen, dass vor allem der private Verkehr gefördert wird. Junge Frauen und ausländische Staatsangehörige sprechen sich noch stärker dafür aus als junge Männer und Schweizer Bürgerinnen und Bürger.

Abbildung 5: Förderung öffentlicher Verkehr versus privater Verkehr



Prozentuale Verteilung der Antworten auf die sechs Kategorien, ohne «weiss nicht»

Frage: Wünschen Sie sich eine Schweiz, die vor allem den öffentlichen (1) oder den privaten Verkehr (6) fördert?

Alkohol soll auch nachts verkauft werden dürfen, der Konsum von Cannabis illegal bleiben – das findet eine Mehrheit der Jugendlichen. Ein nächtliches Alkoholverkaufsverbot lehnen 67 Prozent klar oder eher ab. Gegen eine Legalisierung des Konsums von Cannabis spricht sich mit 49 Prozent eine knappe Mehrheit aus.

Frauen und ausländische Staatsangehörige sind in diesen Fragen restriktiver als Männer und Jugendliche mit Schweizer Pass. Junge Frauen lehnen die Cannabislegalisierung mit 54 Prozent ab, ausländische Staatsangehörige gar mit 58 Prozent, während eine knappe Mehrheit der jungen Männer (49 Prozent) sie befürwortet. Auch ein nächtliches Alkoholverkaufsverbot in den Geschäften unterstützen leicht mehr Frauen als Männer und deutlich mehr ausländische Staatsangehörige (45 Prozent) als Jugendliche mit Schweizer Pass (28 Prozent).

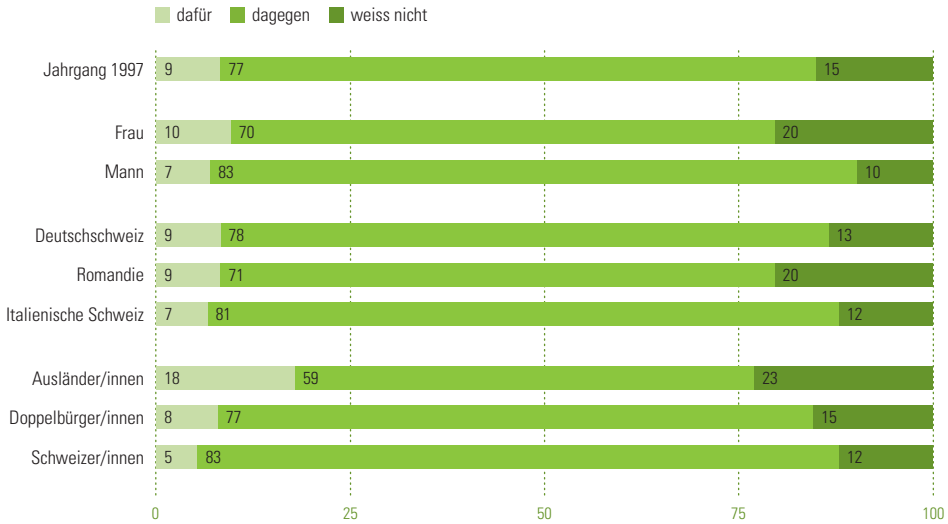
Das Verhältnis zu Europa: Gespalten

In der EU leben: ja – ihr beitreten: nein danke! Das Verhältnis der Jugendlichen zur Europäischen Union ist gespalten. Eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz findet kaum jemand gut, in der EU leben und arbeiten möchten die Jungen aber können.

77 Prozent der Befragten sind gegen einen Beitritt, lediglich 9 Prozent sprechen sich dafür aus. Unter den ausländischen Staatsangehörigen sind mehr Befürworterinnen und Befürworter zu finden, aber insgesamt möchte doch auch nur ein Fünftel den Beitritt. Junge Männer sind mit 83 Prozent noch deutlicher gegen einen EU-Beitritt als junge Frauen (70 Prozent).

Im Zusammenhang mit der Europadiskussion ist der Röstigraben unter den älteren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein grosses Thema. Nicht so bei der Jugend: Die europafreundlichen Romands gibt es nicht mehr. Jugendliche aus allen Landesteilen sind gleicher Meinung, was den EU-Beitritt der Schweiz angeht.

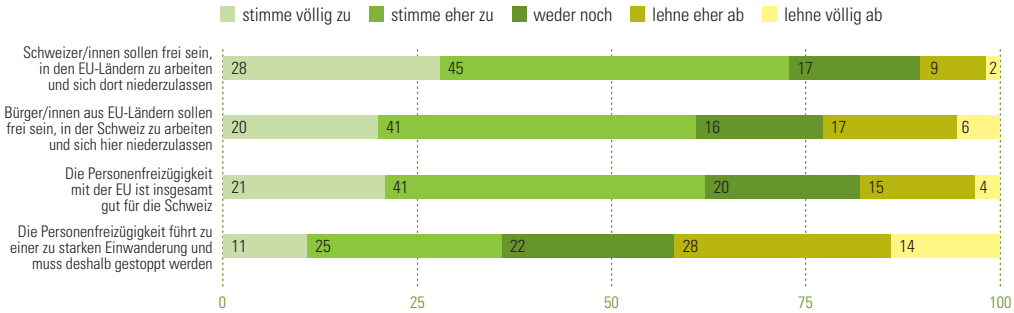
Abbildung 6: Haltung zum EU-Beitritt der Schweiz



Frage: Wenn Sie über einen EU-Beitritt der Schweiz abstimmen müssten, würden Sie dann dafür oder dagegen stimmen?

Wenn es um die Personenfreizügigkeit geht, präsentieren sich die Meinungen der Jugendlichen ähnlich widersprüchlich wie die öffentliche Debatte in der Schweiz. 62 Prozent der Jugendlichen beurteilen sie als gut für die Schweiz. 73 Prozent finden ausserdem, Schweizerinnen und Schweizer müssten sich überall in der EU frei niederlassen und arbeiten können – doch nur 61 Prozent der Befragten wollen dieses Recht im Gegenzug allen Angehörigen von EU-Staaten zugestehen.

Abbildung 7: Haltungen zur Personenfreizügigkeit



Prozentuale Verteilung der Antworten auf die fünf Antwortkategorien, ohne «weiss nicht»

Frage: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Verhältnis der Schweiz mit der Europäischen Union (EU) zu?

Allerdings empfinden die Jugendlichen das Thema EU als komplex: Auffallend viele haben keine Meinung zur Beitrittsfrage, und 12 Prozent bezeichnen das Verhältnis zu Europa an anderer Stelle der Befragung als das grösste Problem der Schweiz. Das ist die dritthäufigste Nennung nach der Einwanderung und dem Asylwesen.

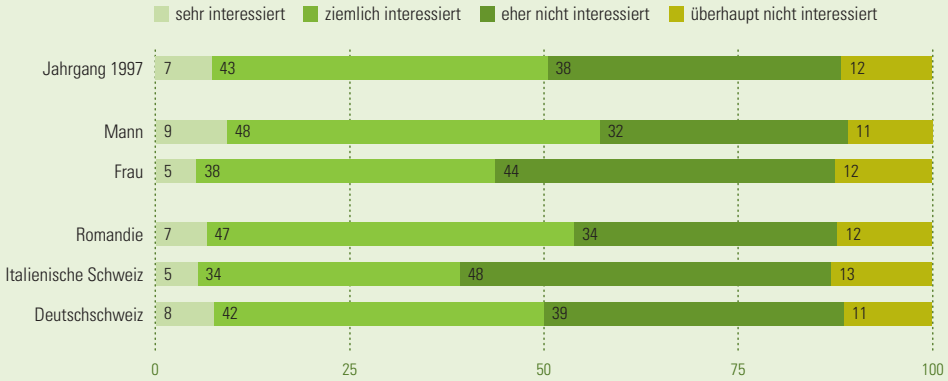
Politik: Man darf, man muss nicht

Politik und gesellschaftliches Engagement beschäftigen die Jugendlichen nicht an erster Stelle. Die Arbeit, ihre Ausbildung, aber auch Familie oder Partnerschaft sind ihnen viel wichtiger. Dennoch ist die Hälfte von ihnen an Politik interessiert, allerdings mit grossen Unterschieden zwischen den Geschlechtern und den Landesteilen.

In der Deutschschweiz ist die Hälfte und in der Romandie sogar noch etwas mehr als die Hälfte der Befragten sehr oder ziemlich an Politik interessiert, im Tessin sind es nur 39 Prozent. Zudem interessieren sich junge Männer mit 57 Prozent deutlich stärker für Politik als junge Frauen mit 43 Prozent.

Diese Geschlechterdifferenz zeigt sich auch bei der Frage, ob den Jugendlichen Politik als kompliziert erscheine. 20 Prozent der jungen Frauen bejahen dies, bei den jungen Männern sind es nur halb so viele. Entsprechend sagen 30 Prozent der jungen Männer, dass sie selten oder nie Probleme haben, Politik zu verstehen, bei den jungen Frauen sind es nur 15 Prozent.

Abbildung 8: Politisches Interesse



Prozentuale Verteilung der Antworten auf die vier Kategorien, ohne «weiss nicht»

Frage: Ganz allgemein gesprochen, wie sehr sind Sie an Politik interessiert?

Die Jugendlichen wollen in der institutionalisierten Politik nicht früher mitreden können. Stimmrechtsalter 16 wird durchwegs abgelehnt. Nur jede/r Zehnte spricht sich dafür aus. Auch Stimmrechtsalter 17 findet keine Mehrheit, lediglich 20 Prozent wären dafür.

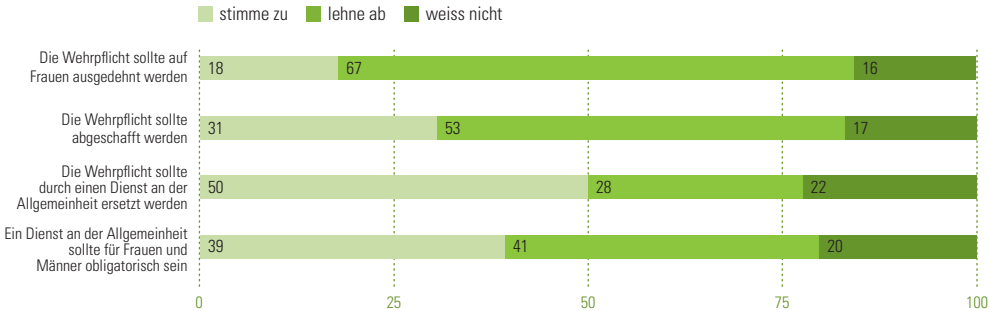
Das Ausländerstimmrecht lehnen die Jugendlichen ebenfalls mehrheitlich ab, lediglich knapp 30 Prozent sprechen sich dafür aus, dagegen sind gut 50 Prozent. Jede/r Fünfte hat keine Meinung.

Bürgerdienst statt Wehrpflicht

Die Idee eines Dienstes an der Allgemeinheit, frei wählbar in den Bereichen Landesverteidigung, Gesundheit, Umwelt, Soziales, etc. statt der Wehrpflicht kommt bei den Jugendlichen gut an. Die Hälfte der Befragten ist dafür, gut ein Viertel dagegen. Vier von zehn Befragten finden, dass ein solcher Dienst von Frauen ebenso wie von Männern geleistet werden sollte, genau gleich viele finden dies nicht. Ein Fünftel hat – wie auch zur allgemeinen Wehrpflicht – keine Meinung.

Nur jede/r Dritte will die Wehrpflicht ganz abschaffen. Die Wehrpflicht auf Frauen ausdehnen will jedoch auch nur eine Minderheit – die Mehrheit von 67 Prozent lehnt diese Idee ab. Wenn man die letzte diesbezügliche Abstimmung als Referenz nimmt, vertreten die Jugendlichen in der Frage der Wehrpflicht die gleiche Haltung wie die Gesamtbevölkerung.[3]

Abbildung 9: Wehrpflicht und Bürgerdienst



Frage: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Wehrpflicht in der Schweiz zu oder nicht?

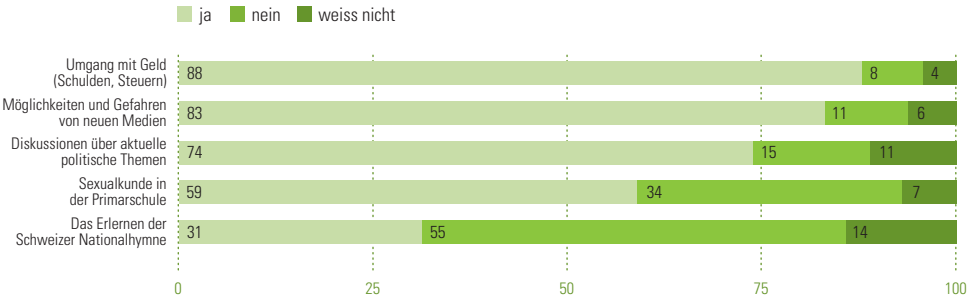
[3] Am 22. Sept. 2013 wurde über die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» abgestimmt. 73.2 % der Stimmberechtigten sprachen sich für den Status Quo aus, nur 26.8 % wollten die allgemeine Wehrpflicht aufheben.

In der Schule fürs Leben lernen

Den Umgang mit Geld, Schulden und Steuern zu lernen, finden die befragten Jugendlichen wichtig. 88 Prozent von ihnen sind der Meinung, dieses Thema müsse an Schulen besprochen werden. Auch der Umgang mit neuen Medien (83 Prozent) und Politik (74 Prozent) gehört ihrer Ansicht nach zum Schulstoff. Die Idee von Sexualkunde in der Primarschule hingegen ist bei den Jugendlichen nicht unumstritten: Eine Mehrheit von 59 Prozent ist dafür, 34 Prozent sind dagegen.

Die Schweizer Schulen haben bei den Jugendlichen im Allgemeinen einen guten Eindruck hinterlassen. Vier von fünf Befragten haben Vertrauen in die Schule. Dieser Wert hängt allerdings stark von der Zuversicht und vom Bildungsstand der Befragten ab: Je zuversichtlicher und besser ausgebildet Jugendliche sind, desto eher vertrauen sie der Schule. Jugendliche mit einem Migrationshintergrund haben tendenziell weniger Vertrauen in die Schule, ungeachtet der anderen Faktoren.

Abbildung 10: Schulpflichtstoff – ja oder nein?



Frage: Sollten Ihrer Meinung nach folgende Dinge in der obligatorischen Schule behandelt werden?

DIE ZUKÜNFTIGEN STIMMBÜRGER/INNEN: INTERESSIERT UND ZUFRIEDEN

Die Befragung der 17-Jährigen zeichnet das Bild einer Generation, die sich durch Nüchternheit, Pragmatismus und eine gewisse Berechenbarkeit auszeichnet. Diese jungen Menschen träumen weder von einer egalitären Gesellschaft noch vom Umsturz – sie sorgen sich stattdessen wie ihre älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger um die Einwanderung, ihre eigene berufliche Zukunft und tendieren politisch zur soliden Mitte.

Auffallend sind die grossen Unterschiede zwischen den ausländischen und den schweizerischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern sowie zwischen den Geschlechtern. Da sich daraus potenzielle Konflikte im gesellschaftlichen Diskurs, aber auch im privaten Zusammenleben ergeben könnten, verdienen diese Differenzen die Aufmerksamkeit der Gesellschaft.

Auch wenn in der Schweiz regelmässig ein angebliches Desinteresse der Jugendlichen an Politik beklagt wird – so schlimm steht es nicht um die junge Generation. Mitreden möchte sie auf jeden Fall, immerhin die Hälfte der Befragten gibt an, sich für die Politik zu interessieren. Und obwohl die grosse Mehrheit der Jugendlichen die Wahlteilnahme nicht als Bürgerpflicht sieht, haben dennoch zwei Drittel der befragten Jugendlichen vor, im Herbst 2015 an den Wahlen teilzunehmen.

EINIGE BEMERKUNGEN DER EKKJ ZUM SCHLUSS

Jugendliche zwischen Mythos und Realität

Rebellische Jugend, schwierige Jugend, innovative Jugend… Die Jugend ist häufig Projektionsfläche unserer eigenen Träume und Ängste. Immer wieder wird versucht, «die Jugend» als Generation Y oder Z abzustempeln. Die öffentliche Meinung sieht in der Regel nur die Spitze des Eisbergs, während eine repräsentative Umfrage ein differenziertes und komplexes Bild zeichnen kann. Die EKKJ stellt fest, dass die von den 17-Jährigen vertretenen Meinungen oft nicht mit jenen übereinstimmen, die man ihnen gemeinhin zuschreibt. Wenig kämpferisch und streitbar, einmal optimistisch, dann wieder pragmatisch, häufig im Einklang mit den Erwachsenen und mit einem erfreulichen Vertrauen in unsere Institutionen (Schule, Bundesrat, aber auch Polizei): So präsentieren sich die Jugendlichen von heute. In Bezug auf die politische oder gesellschaftliche Haltung sind keine grossen Unterschiede zwischen den Generationen erkennbar, ganz anders als beispielsweise bei der Nutzung neuer Technologien.

Die Jugendlichen wollen mitreden

Die aussergewöhnlich hohe Beteiligung an der Umfrage zeigt, dass die 17-Jährigen mitreden wollen. Das ist für die EKKJ eine äusserst erfreuliche Feststellung, wie auch die Tatsache, dass zwei Drittel der befragten Schweizer Jugendlichen an den eidgenössischen Wahlen teilnehmen wollen. Die erste Teilnahme an eidgenössischen Wahlen oder an einer Volksabstimmung scheint prägend für das künftige Wahl- und Abstimmungsverhalten zu sein. Damit die Jugendlichen ihren guten Vorsatz auch in die Tat umsetzen, ruft die EKKJ die politischen Parteien und Akteure der politischen Bildung auf, diesem ersten demokratischen Akt besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die eine Jugend gibt es nicht

Die Jugendlichen von heute bilden keine Einheit. Die EKKJ stellt fest, dass Jugendliche unterschiedliche Meinungen vertreten und unterschiedliche Ziele im Leben haben, je nach Geschlecht, Sprachregion und Nationalität. Junge Frauen wünschen sich eine bessere Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern, damit sie Beruf und Familie vereinbaren können. Für junge Männer ist das weniger wichtig, dafür interessieren sie sich mehr für Politik als junge Frauen, welche sich in diesem Punkt als weniger kompetent erachten. Diesen Unterschieden muss Rechnung getragen werden, sowohl in der Familienpolitik als auch bei der politischen Bildung.

In vielen Fragen, z.B. bezüglich Migration und EU-Beitritt, sind die Jugendlichen aus der Deutschschweiz und der Romandie gleicher Meinung. Jedoch ist ein markanter «Polentagraben» feststellbar: Die Tessiner Jugendlichen, die überaus zahlreich an der Meinungsumfrage teilgenommen haben, äussern ihre Furcht vor Arbeitslosigkeit und unkontrollierter Einwanderung.

Die Jungen wollen sich engagieren, aber nicht auf Kosten ihres Privatlebens

Neben Ausbildung und Arbeit spielen Freizeit und Familie eine wichtige Rolle in der Lebensplanung der 17-Jährigen. Trotzdem sind sie aber auch bereit, sich für die Gesellschaft einzusetzen. Sie stellen die Wehrdienstpflicht nicht in Frage und stehen einem Dienst an der Allgemeinheit offen gegenüber, bei dem sie sich in den Bereichen Landesverteidigung, Gesundheit, Umwelt oder Soziales engagieren könnten. Die Jugendlichen wollen im Leben auf eigenen Beinen stehen und befürworten Sexualkunde und Finanz- und Konsumbildung an Schulen. Die EKKJ veröffentlichte jüngst Berichte dazu.

WIE WEITER?

Mit der Meinungsumfrage bei 17-Jährigen will die EKKJ den Jugendlichen im Wahljahr 2015 eine Stimme geben. Deshalb sollen die Ergebnisse breit gestreut werden. Doch die Arbeiten der EKKJ sind damit noch nicht beendet. Die Meinungen und Anliegen der Jugendlichen werden als Grundlage für die Diskussionen innerhalb der Kommission und mit den Akteuren der Kinder- und Jugendpolitik an der nationalen Konferenz vom 10. November 2015 dienen. Die EKKJ wird die Ergebnisse der Umfrage den im Oktober 2015 neu gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern übergeben und sie einladen, sich in der Legislaturperiode 2016 – 2019 für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen zu engagieren.

«Vielen Dank für diese Möglichkeit, meine Meinung zu äussern.»

«Sono contenta che date una voce ai giovani, perché noi siamo il futuro.»

«Je trouve génial de donner la parole à des personnes de notre âge.»

Quelle: Kommentare der Jugendlichen aus der Meinungsumfrage

Die EKKJ dankt den 1990 Jugendlichen aus der ganzen Schweiz, die an der Meinungsumfrage teilgenommen haben, herzlich für Ihr Engagement!

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV